

nisterium für wissenschaftliche Forschung), Bundesverteidigungsministerium, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Bei den westdeutschen Ministerien und den ihnen unterstellten Dienststellen fungieren eine Vielzahl von Beiräten und Ausschüssen, in denen neben Staatsbeamte auch Vertreter der Konzerne zu finden sind. Sie treten für eine den Interessen ihrer Monopolgruppen entsprechende Wirtschaftspolitik des Staates ein. Des weiteren ist die Bundesbank mit dem gesamten staatlichen Banksystem als organisatorischer Bestandteil des imperialistischen Staatsapparates ein wichtiger Faktor im staatsmonopolistischen Lenkungsapparat Westdeutschlands.

Immer mehr entwickelt sich gegenwärtig der militärisch-industrielle Komplex zu einem entscheidenden Machtzentrum innerhalb des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Der Militär-Industrie-Komplex wird durch die Verschmelzung der Macht und der Interessen der führenden Rüstungsmonopole und ihrer politischen Organisationen mit der Militärhierarchie und den staatsmonopolistischen Militarisierungsorganen charakterisiert/*)

Ein überzeugendes Beispiel für die enge ökonomische und politische Verflechtung zwischen den Rüstungskonzernen, den extrem reaktionären Politikern, den führenden reaktionären Militärs und den staatlichen Organen in Westdeutschland liefert die Clique um Strauß. Dazu gehört der Chef des Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Konzerns (größtes westdeutsches Unternehmen der Flugzeug- und Raketenindustrie), Ludwig Bölkow, als Mitglied des wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU.

Franz Josef Strauß selbst ist Aufsichtsratsvorsitzender des Bölkow-Konzerns und engliert mit den Konzernen Siemens, I.G.-Farben und Springer.

Wolfgang Pohle, persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter der Düsseldorfer Friedrich Flick KG, vertritt das Flicksche Rüstungsimperium im Führungskreis der CSU und nimmt im sogenannten Verteidigungsausschuß des Bundestages direkten Einfluß auf die Bonner Politik. Diese Gruppe bildet ein Zentrum des militärisch-industriellen Machtsyndikats, das über die

Führungsclique der CSU politisch wirksam wird.

Ein weiteres Beispiel für die vielschichtige Verflechtung bietet die unter der SPD/FDP-Regierung erfolgte Berufung des Repräsentanten und Spitzenmanagers des Thyssen-Konzerns Ernst Wolf Mommensen in das sogenannte Bundesverteidigungsministerium.

Mommensen wurde hier im Range eines Staatssekretärs Beauftragter für Technik und Beschaffung. Über ihn laufen alle entscheidenden Verbindungen zwischen Rüstungsindustrie und militärischer Führung.

2. ökonomische Prozesse mit Staat verknüpft

Der imperialistische Staat stellt ein allumfassendes gesellschaftliches Machtinstrument dar, mit dessen Hilfe die Monopolisierung und Militarisierung in allen Bereichen des Wirtschaftslebens und der gesamten kapitalistischen Gesellschaft vorangetrieben werden soll. Die Monopolisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens wird auf ökonomischem Gebiet in Westdeutschland von

Kapitalkonzentrations- und Zentralisationsvorgängen bestimmt. Die fortschreitende Konzentration des Kapitals in der Verfügung der mächtigen Monopolgruppen erfolgt unter aktiver Förderung des Bonner Staates. (Wir verweisen die Propagandisten und Zirkelleiter hierzu auf „Neuer Weg“ 21/1970, Seite 1021; Konsultation: Supermonopole im Bonner Staat.)

3. Imperialistischer Staat entscheidender Großunternehmer

Der westdeutsche Staat verfügt über ein umfangreiches staatsmonopolistisches Eigentum in der Industrie, im Verkehr und im Versorgungsreich. Ihm gehören ganze Produktionszweige oder große Teile eines Zweiges. Die Staatsbetriebe der Bundesregierung sind zumeist in Wirtschaftszweigen konzentriert, die für den Reproduktionsprozeß eine große Bedeutung haben. Hierher gehört die Erzeugung und Verteilung von Elektroenergie, das Nachrichtenwesen und das Verkehrswesen. Es handelt sich also um Wirtschaftszweige, in denen relativ hohe Kapitalvorschüsse, vor allem

an fixem Kapital, im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen erforderlich sind. Im gemeinsamen Interesse der Monopolbourgeoisie obliegt dem Staat, den hierfür notwendigen materiellen Aufwand zu mobilisieren und diese Bereiche zu lenken.

Im Zusammenhang mit ihrer Investitionstätigkeit vergeben die Staatsbetriebe eine große Anzahl von Aufträgen. Daneben ist die Preis- und Tarifpolitik der Staatsbetriebe für die Monopole ein profitables Geschäft. Der Bonner Staat wurde somit zu einem organischen Ausbeutungs- und Monopolisierungsfaktor der